

Mensch kommt vor der Natur

Niedersachsens Noch-Umweltminister Hans-Heinrich Sander stellt in Bremervörde sich und seine Politik vor

VON RAINER KLÖFKORN

BREMERVÖRDE. Als der etwas andere Umweltminister dürfte Hans-Heinrich Sander im Gedächtnis der Niedersachsen bleiben, wenn er Mitte Januar nächsten Jahres zurücktritt. Diesem Anspruch wurde der FDP-Politiker auch beim Frührschoppen der Bremervörder Wirtschaftsgilde am Sonntag gerecht. Mit einem Parforceritt durch die Umweltpolitik, wobei er zu seiner Nähe zur Landwirtschaft keinen Hehl machte, unterhielt er die zahlreichen Zuhörer im „Haus am See“.

Sander machte in seinem Vortrag deutlich, dass er mit sich und seiner politischen Leistung im Reinen zu sein scheint. „Ich bin kein Politiker, der Anderen nach dem Mund redet“, lobte er sich selbst. Darin unterscheidet er sich von der Mehrheit seiner Kollegen. Er sei auch schon deshalb „einzigartig“ (Sander), weil er nie „Politik von oben gemacht“ habe.

In der Umweltpolitik, für die er seit 2003 in Hannover verantwortlich ist, stehe für ihn der Mensch im Mittelpunkt. „Man darf nicht nur die Natur sehen“, sagte der 66-Jährige. Zu den größten Umwelt- und Naturschützern gehören für ihn seine Berufskollegen, die Landwirte. Er nahm sie vor Kritik in Schutz: „Kein Landwirt zerstört Landschaft, weil sie für ihn die Lebensgrundlage ist.“

Insofern sei auch im Irrtum, wer den Landwirten die „Vermaisung“ der Landschaft und den ungehemmten Bau von Biogasanlagen vorwerfe. Ihnen sei kein Vorwurf zu machen, wenn sie die Anreize, die der Staat ihnen gewähre, in Anspruch nähmen. Verantwortlich seien die Regierenden, die sich keine Gedanken über die Folgen dieser Förderpolitik gemacht hätten.

In Niedersachsen gebe es dadurch Gebiete, die durch die Monokultur des Maisbaus erheblich belastet seien. Sander sah auch eine große Gefahr für die Qualität des Grundwassers: „Wir dürfen sie nicht durch weitere Anlagen aufs Spiel setzen.“ Hier müsse der Staat eingreifen und den Bau weiterer Anlagen in belasteten Gebieten stoppen.

Skeptisch zeigte sich der Minister, dass die Ziele der „Wendepolitik“ (Sander) in der Kernenergie erreicht werden. Bis 2015 müssten

deutschlandweit etwa 800 Kilometer Netzleitungen erstellt werden, um den Strom von den Offshore-Anlagen nach Süden zu transportieren. Allein in Niedersachsen sind etwa 450 Kilometer Leitungen erforderlich.

» Ich gehöre nicht zu den Politikern mit der Karriere Kreißaal, Hörsaal, Sitzungssaal. «

UMWELTMINISTER
HANS-HEINRICH
SANDER

Er wisse, dass die Bevölkerung vielerorts gegen den Ausbau der Netze – wenn sie davon betroffen sei – protestieren

werde. „Es geht jedoch nicht ohne und deshalb müssen wir die Menschen mitnehmen“, sagte der Holzmindener. Dazu gehöre, dass die Landwirte, über deren Flächen die Leitungen verlegt würden, finanziell entschädigt würden und das Geld nicht bei den Kommunen lande.

Auf lokale Probleme eingehend kritisierte Sander das Verfahren um die Haaßeler Bauschuttdeponie („Es ärgert mich, dass die Bevölkerung nicht in die Planungen eingeweiht wurde“) und entschuldigte sich, dass das Gutachten über die Zukunft des Bremervörder Ostewehrs erst jetzt fertig sei. Am 7. Dezember soll es vorgestellt werden. Der Minister sagte zu, dass vor einer Entscheidung mit allen Betroffenen – vor allem den Vertretern der Landwirtschaft – gesprochen werde. Es werde keinen Beschluss geben, der nicht auf Zustimmung treffe.

Auch in diesem Fall, meinte Sander, seien die Verantwortlichen vor Ort am besten in der Lage, die Situation einzuschätzen. Davon werde leider in der Politik viel zu wenig

Gebrauch gemacht. Wie überhaupt die Freiheit des Einzelnen und der Eigentümer durch eine ausufernde Bürokratie und Regulierungswut beeinträchtigt werde.

„Dadurch werden Innovationen verhindert“, warnte der Politiker, der nie einen Hehl daraus gemacht hat, dass er eigentlich lieber Landwirtschaftsminister geworden wäre. Doch diese Position reklamierte 2003 der Koalitionspartner CDU für sich. Mit der Folge, dass Hans-Heinrich Ehlen Minister wurde.

„Wegen mir hätte er das auch bleiben können“, kommentierte Sander die im April 2010 erfolgte Abberufung seines Ministerkollegen. Um, ohne dessen Namen zu nennen, Kritik am damaligen Ministerpräsidenten Christian Wulff zu üben: „Politik muss menschlich bleiben. Jeder zeigt einmal Schwächen, auch gesundheitlich.“ Wenn er der CDU angehört hätte, wäre er auch „rausgeflogen“, fügte der Freidemokrat hinzu.

Am 18. Januar nächsten Jahres geht der dienstälteste niedersächsische Minister von selbst. Diese Entscheidung habe er getroffen, weil er nicht wolle, dass andere über ihn bestimmen. Dass er mit der heutigen Politik mit ihren schnellen Richtungswechseln – nicht nur in der Atomenergie – nicht ganz übereinstimmt, machte Sander allerdings auch deutlich: „Jahrelang ist man gegen Mindestlohn, dann plötzlich ist man dafür...“

Zur Person

Hans-Heinrich Sander ist seit 2003 Minister für Umwelt und Klimaschutz in der niedersächsischen CDU/FDP-Regierung und der einzige FDP-Minister bundesweit für dieses Ressort. Der ausgebildete Landwirt war bis 2002 Rektor der Grund- und Hauptschule in Bevern bei Holzminde. Seit 1968 ist er FDP-Mitglied und stellvertretender Landesvorsitzender seiner Partei. Seit 2003 ist er Minister und Landtagsabgeordneter. Durch einige **hemdsärmelige Aktionen** ist Sander in der Vergangenheit beim politischen Gegner sowie bei Natur- und Umweltschützern auf Kritik gestoßen. Unter anderem machte er sich am Unterholz der Elbmarschen mit der Kettensäge zu schaffen und ließ sich im Leibchen einer Pro-Atom-Initiative ablichten. Die Opposition forderte zuletzt 2009 seinen Rücktritt. Nachfolger Sanders wird ab Mitte Januar sein Staatssekretär und FDP-Landeschef Stefan Birkner. (rkl)

Hans-Heinrich Sander,
FDP-Landtagsmitglied und
seit 2003 Umwelt-
minister in
Niedersachsen.

Foto:
Klöfkorn

